

	<b>174. Vollversammlung der AK Wien vom 11.11.2020</b>
<b>FSG</b>	
<b>Antrag Nr. 18</b>	<i>Über die COVID-19-Krise hinaus: Neoliberale Globalisierungspolitik beenden – Rahmenbedingungen für eine gerechte Weltwirtschaft schaffen</i>
<b>Annahme</b>	<b>Ausschuss EU und Internationales</b>

In dem Antrag werden die zentralen Bausteine für eine gerechte Weltwirtschaft über die Covid-19-Krise hinaus aus ArbeitnehmerInnensicht definiert. Die AK hat sich entsprechend des mehrheitlich angenommen Antrags mit einer umfassenden Stellungnahme zu der im Herbst 2020 laufenden EU-Konsultation zur Neuausrichtung der EU Handels- und Investitionspolitik eingebracht. Im Januar 2021 wurde zudem eine englische Kurzfassung der Stellungnahme als AK EUROPA Policy Brief veröffentlicht, das die Forderungen an EU-Kommission und EU-Parlament richten und auf europäischer Ebene breit verteilt wurde. Der Antrag stellt einen wichtigen Referenzpunkt für die Bewertung der angekündigten Mitteilung der EU-Kommission zur Handels- und Investitionspolitik dar, wie beispielsweise in einem A&W Blogbeitrag im März erfolgt.

Mit Blick auf die Forderung einer wohlstandorientierten strategischen Autonomie und der Stärkung von Versorgungssicherheit wurde eine umfassende Studie beauftragt, deren erste Ergebnisse bereits in zwei Beiträgen am A&W Blog sowie im Infobrief EU & Internationales veröffentlicht wurden.

Mit Blick auf die Anforderungen an arbeitnehmerInnenfreundliche bilaterale Handels- und Investitionsabkommen hat sich die AK im Rahmen der interministeriellen Koordination zum Handelspolitischen Ausschuss der EU sowie auch durch Presseaussendungen kritisch eingebracht. Zudem wurden die Forderungen in der Reihe „EU & Internationales auf einen Blick“ mit Blick auf das Abkommen der EU mit den Mercosur-Staaten in die öffentliche Diskussion getragen.

Außerdem hat die AK sich als Mitinitiatorin zweier Kampagnen für die Wahrung von Menschenrechten in globalen Lieferketten eingesetzt: (1) in der EU-weiten Kampagne für ein Lieferkettengesetz sowie (2) der österreichischen Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze“. Hierzu wurden ebenfalls Beiträge für die Reihe „EU & Internationales auf einen Blick“, den A&W Blog sowie den Infobrief EU& Internationales verfasst.